

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Zwang zur gemeinsamen Strategie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1981) : Zwang zur gemeinsamen Strategie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 10, pp. 472-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135605>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Klaus Bolz

Zwang zur gemeinsamen Strategie

Auch in den siebziger Jahren, als in Amerika die Verfechter einer Vertiefung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen noch maßgeblichen Einfluß auf die offizielle Ost-Handelspolitik nahmen, bestanden amerikanische Bedenken gegenüber der Entwicklung des Handels und der Kooperation zwischen den westeuropäischen Ländern und der Sowjetunion, die nie ganz ausgeräumt werden konnten. Diese Bedenken resultierten aus der sowjetischen Aufrüstung, der zunehmenden Präsenz der UdSSR auf den Weltmeeren und in der Dritten Welt und dem damit schwindenden Glauben an einen dauerhaften Erfolg der Entspannungspolitik. Spätestens seit Afghanistan kommt in der amerikanischen Ostpolitik das Wort Entspannung überhaupt nicht mehr vor; amerikanisches Denken und Handeln gegenüber der Sowjetunion wird wieder von

der Politik des Containment bestimmt.

Inhalt und Sprache amerikanischer Analysen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den westlichen Industriestaaten und der Sowjetunion in den letzten Wochen lassen kaum einen Zweifel zu, daß die Reagan-Administration in Fragen der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen künftig weitgehend autonom entscheiden möchte, das hieße, möglichst allein und ohne größere Rücksprache mit, aber bindend für alle westlichen Industrieländer. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der zunehmend härteren sicherheitspolitisch begründeten Kritik am bisherigen und laufenden Ostgeschäft der europäischen Länder. In den in Ottawa auf dem Weltwirtschaftsgipfel vereinbarten, in Kürze stattfindenden Verhandlungen mit den westeuropäischen Staaten und Japan über den Ost-West-Handel dürften die USA unmißverständlich auf eine Verschärfung der multilateralen Exportkontrollen abzielen.

Die amerikanische Regierung geht davon aus, daß die eigene am Ostgeschäft interessierte Wirtschaft auch weitreichende Exportverbote mittragen wird. Um so sensibler reagiert man auf das Verhalten der Mehrzahl der westeuropäischen Länder, die scheinbar unbeeindruckt von Afghanistan und den anderen weltpolitischen Entwicklungen den Handel unverändert – auch in struktureller und technologischer Hinsicht – mit der Sowjetunion fortsetzt und sogar ausbaut. Der Abschluß des neuen Erdgas-Röhren-Geschäfts, durch das mehrere europäische Länder ihre Energieversorgung zu Teilen an die Sowjetunion koppeln, wird von den Amerikanern nahezu als Aufgabe europäischer Sicherheitsinteressen empfunden.

Für die Vereinigten Staaten scheint es schier unbegreiflich, daß es nach der immensen sowjetischen Aufrüstung, dem Einmarsch in Afghanistan und den Drohungen

gegenüber Polen in Europa noch immer Kreise gibt, die die Entspannungspolitik der siebziger Jahre nicht als endgültig gescheitert ansehen wollen und diese zumindest in modifizierter Form fortzusetzen gedenken. Mit der Fortsetzung der ökonomischen Kooperation hofft man sich für Europa langfristig nicht nur ökonomische, sondern auch politische Vorteile zu sichern. Die mit den Wirtschaftsbeziehungen einhergehende Zunahme der ökonomischen Abhängigkeit zwischen Ost und West – gegenseitig ausbalanciert – könnte künftig vielleicht doch friedenserhaltend wirken.

Kein Befürworter der Intensivierung des Ost-West-Handels ist wohl so weltfremd, daß er nicht die Möglichkeit und Gefahr des Einsatzes westlicher Technologie für militärische Zwecke in der Sowjetunion sähe. Es ist aber auch ziemlich sicher, daß eine vollständige Abkoppelung der UdSSR vom westlichen Technologiezufluß kaum die östlichen Rüstungsanstrengungen mengen- und qualitätsmäßig nachhaltig treffen könnte. In bestimmten Sektoren könnten dagegen westliche Exporte in die Sowjetunion sogar das Entstehen neuer Spannungsfelder in der Welt verhindern helfen. So begünstigt die vom Westen gelieferte moderne Bohr- und Fördertechnologie zwar die sowjetische Volkswirtschaft und zumindest indirekt auch das sowjetische Militärpotential; diese Technologie versetzt die Sowjetunion aber auch in die Lage, ihre energiepolitischen Probleme im eigenen Lande zu lösen, und nicht etwa durch weniger friedliche, d. h. durch militärische Mittel z. B. am Persischen Golf. Da die Auffassungen über die Entwicklung des Ost-West-Handels und dessen Gefahren zwischen Amerika und Europa so stark differieren, scheint es höchste Zeit, den Versuch zu machen, eine gemeinsame Strategie, die den beiderseitigen ökonomischen und politischen Interessen gerecht wird, zu formulieren.